

Berlin/Leipzig, 24. September 2015
sö-fb



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Fracking verbieten, Klima schützen, Energiewende voran bringen: ver.di und mehr als 20 Verbände gegen Verabschiedung des Fracking- Gesetzentwurfes

MEDIENINFORMATION

5 Fracking muss in Deutschland verboten bleiben – das fordert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) gemeinsam mit mehr als 20 Umwelt- und Entwicklungsverbänden, kirchlichen Organisationen und Gewerkschaften in einem offenen Brief an die Abgeordneten der Regierungsfractionen des Deutschen Bundestages. Anlass ist die Ankündigung, die vor der Sommerpause unterbrochenen Verhandlungen über die Ausgestaltung eines Fracking-Regelungspaketes wieder aufzunehmen, mit der Absicht, Fracking unter bestimmten Bedingungen in Deutschland zu erlauben. Dies wollen die Unterzeichner, darunter neben ver.di der BUND, die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, 10 die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG), Brot für die Welt und Greenpeace, verhindern.

15 „Fracking in Deutschland,“ so begründet ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Andreas Scheidt** die gemeinsame Initiative, „würde angesichts der eher marginalen industriewirtschaftlichen Bedeutung arbeitsmarktpolitisch keine spürbaren positiven Wirkungen erwarten lassen, stattdessen aber Arbeitsplätze in Branchen gefährden, die sauberes Trinkwasser produzieren, wie etwa die Wasserwirtschaft, oder beispielsweise die Lebensmittel- und Getränkeindustrie, die auf sauberes Wasser 20 angewiesen ist.“

25 Fracking und die damit verbundene Verpressung von Lagerwasserstätten, so argumentieren die Unterzeichner, können zur Verunreinigung von Boden, Trink- und Grundwasser führen. Das Fracking verursache zudem einen enormen Wasser- und Flächenverbrauch. Dem stehe kein wesentlicher Beitrag zur Versorgungssicherheit mit Erdgas gegenüber, dazu seien die in Deutschland vorhandenen Ressourcen, die mit Fracking erschlossen werden könnten, zu gering. Zudem könne 30 Fracking, anders als von den Unternehmen der Erdöl- und Erdgasgewinnung behauptet, nicht die Energiepreise senken.

V.i.S.d.P.:

Martina Sönnichsen
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de